

Riesaer Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Telegramm-Adresse
Tageblatt, Riesa.

Bemerkung
Nr. 20

der Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, des Königl. Amtsgerichts und des Stadtrathes zu Riesa.

167.

Freitag, 21. Juli 1893, Abends.

46. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag Abends mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Vierteljährlicher Bezugspreis bei Abholung in den Expeditionen in Riesa und Strehla, den Ausgabestellen, sowie am Schalter des falschen Postamtshaus 1 Mark 25 Pf., durch die Träger frei ins Haus 1 Mark 50 Pf., durch den Briefträger frei ins Haus 1 Mark 65 Pf. Anzeigen-Nahme für die Nummer des Ausgabetages bis Vormittag 9 Uhr ohne Gebühr.

Druck und Verlag von Sanger & Winterlich in Riesa. — Geschäftsstelle: Kastanienstraße 59. — Für die Redaktion verantwortlich: Herm. Schmidt in Riesa.

Bekanntmachung.

In der Zeit vom 14. bis 27. August dieses Jahres macht sich infolge Eintreffens von Ueberwachungsmaßnahmen des Beurlaubtenstandes die Unterbringung von 173 Mann des 3. Feldartillerie-Regiments Nr. 32 in Bürgerquartieren und zwar in möglichster Nähe der neuen Schernreuth nötig.

Wir fordern alle Dienstgenossen auf, welche gesonnen sind Mannschaften in Quartier zu nehmen, sich bis 1. August dieses Jahres in der Stadtflussexpedition zu melden, woselbst auch die Höhe der zu gewährenden Entschädigung mitgetheilt werden wird.

Riesa, am 21. Juli 1893.

Der Stadtrath.

J. B.:

Schwarzenberg, Stadtrath.

Eulitz.

Tagesgeschichte.

Die kaum eingetretene politische Stille wird, wie wir schon berichteten, durch Meldungen über eine Reichsschatzsekretärkrise unterbrochen, die allerdings nicht sehr aufregend wäre. Freiherr von Malzahn-Gölk, so wird bestimmt und glaubwürdig versichert, gedenkt das 1888 übernommene Amt aufzugeben; er hat also nicht Lust, Herrn Dr. Miquel „zu helfen“, wie ihm einer seiner ehemaligen conservativen Parteigenossen im Reichstag gnädigst verstatte wolle. Man würde höheren Ort seinen Wünschen auch dann nicht entgegen sein, wenn der Schatzsekretär eine glückliche Hand gezeigt hätte, als es tatsächlich der Fall ist, denn Freiherr von Malzahn hat — der Einzige unter den hohen Reichs- und Staatsbeamten — seine Beziehungen zu Friedrichsruh nicht abgebrochen. Die Frage, wer oder was nach ihm kommen soll, wird in der Presse bereits erörtert. Bielschmitz sieht die Wünsche auf ein Schatzsekretariat Miquel, genannt X oder Y, also auf einen andern „Helfer“ des preußischen Finanzministers. Dass dieser Minister gleichzeitig Schatzsekretär würde, scheint die „National-Zeitung“ die diese Verbindung beider Amter wünscht, nicht für möglich zu halten, weil der Finanzminister in dieser Stellung untergeordnet des Reichskanzlers wäre, dessen College er im preußischen Staatsministerium ist. Das wäre indessen formal kein Hindernis; Herr von Bültow ist schon in dieser Zeit und fühlt sich offenbar sehr wohl in diesem Verhältnis, obwohl er als preußischer Minister ohne Portefeuille dem Reichskanzler gegenüber nicht die starke Stellung einnimmt, die der Inhaber des wichtigsten preußischen Ministeriums zu behaupten vermag. Freilich kann bei dem künftigen unmittelbaren oder mittelbaren Eiter des Reichsabsatzes nur ein Mann von Initiative und Selbstständigkeit in Frage kommen und deshalb darf das Neuerliche vielleicht eine gewisse Bedeutung beanspruchen. Zunächst würde dem preußischen Finanzminister, wenn er Miquel besiegt, die volle Ehrenbürtigkeit im Reichsdienste gesichert sein, da er ja als Retter aus der Deckungsnotthaft berufen wurde. Allein es kann dem preußischen Steuerreformator unmöglich genügen, das Los im Reichstadel auf die erste Beste, nur den Zusagen des Reichskanzlers nicht zu widerlaufen zu stopfen. Er wird vielmehr die verfügbaren Einnahmewellen darauf hin prüfen, wie sie sich in ein künftiges besseres System einfügen würde und deshalb kann die Erörterung der Deckungsfrage kaum etwas Anderes sein, als der Beginn der Reichs-Steuerreform. Ob diese letztere aber als ihren Träger nicht einen auch förmlich dem Reichskanzler gleichgestellten Reichsbeamten verlangt, mit anderen Worten, ob der von nationalliberaler Seite längst geforderte verantwortliche Reichsfinanzminister auf die Dauer entbehrt werden kann, ist eine Frage, deren Beantwortung uns die durch die Militärvorlage verursachten Kosten jedenfalls ein gut Stück näher bringt.

Die „Nord. Allg. Zeit.“ vom Donnerstag Abend führt in Sachen der Reichsfinanzverwaltung an leitender Stelle aus: Die Besprechungen der Finanzminister in Frankfurt a. M. werden sich voraussichtlich nicht allein auf die Beantwortung der Frage beziehen, wie die Deckung der durch die Heeresreform verursachten Kosten zu bewerkstelligen sei, sondern auch darüber hinweg gehen müssen. Es leuchtet von Jahr zu Jahr mehr ein, daß die bis jetzt in vielen Fällen ähnliche Art vorhandene Gedankenlosigkeit im Reich anzuerkennen, ohne von vornherein sicher zu sein, ob und wie die Deckung zu beschaffen sei, einen unhaltbaren Zustand bedeutet. Dies Leben von der Hand in den Mund erweist sich aber be-

sonders in dem Falle bedenklich, wenn Mangels der Möglichkeit, einen anderen Weg zu beschreiten, fester Hand auf die Hilfe der Einzelstaaten zurückgegriffen wird. Das führt zu einer Unsicherheit in den letzteren, die mit den Grundlagen einer soliden Finanzwirtschaft durchaus unvereinbar ist. — Es wird dann weiter hervorgehoben, daß die Aushilfe durch die Matrikularamlagen zu manchen Missständen führt; dann heißt es: Um hier Abhilfe zu schaffen, wird es nötig sein, daß die Finanzminister der Einzelstaaten mit dem Reichsschatzsekretär darüber zu einer Verständigung zu gelangen trachten, welche Mittel und Wege sich wohl als die geeigneten empfehlen möchten, um an Stelle der bisherigen Unsicherheit in der Finanzregierung des Reiches und im Zusammenhang damit, auch derjenigen der Einzelstaaten eine gewisse Stabilität treten zu lassen. Würden die Matrikulareiträge auf eine Reihe von Jahren fixiert werden, so würften die Einzelstaaten schon in ganz anderem Sinne als bisher, woran sie in finanzieller Beziehung seien und wie sie sich am besten einzurichten hätten. Andererseits aber befände sich auch der Reichsschatzsekretär in einer günstigeren Lage als zur Zeit der Fall ist, denn er könnte dem Reichstag gegenüber auf seinen Schein bestehen, daß dieser ihm helfen und sich mit ihm über die betreffende Deckung neu entstehender Kosten verständigen müsse, und nicht, wie bisher, sich damit trösten je könne, daß die Einzelstaaten ja schließlich doch einspringen.

Deutsches Reich. Der deutsche Kronprinz sowie die übrigen kaiserlichen Prinzen und die Prinzessin sind Mittwoch Vormittag Sonderzuges von Potsdam nach Wilhelmshöhe bei Kassel abgereist. Der Aufenthalt der Prinzen in Wilhelmshöhe wird sechs Wochen dauern.

Eine Reichs-Erbshaftsteuer wird der „Volksztg.“ zufolge der preuß. Finanzminister neben der Steigerung der Vorsteuer auf das Doppelte ihres jetzigen Betrages in Vorschlag bringen. Von einer solchen Steuer ist auch bisher schon mehrfach die Rede gewesen.

Hinsichtlich der parlamentarischen Dispositionen für den Herbst und Winter steht so viel fest, daß der Reichstag im November wieder einberufen wird, um hauptsächlich den Staat und die Steuerverordnungen zu berathen. Anfang November werden die preußischen Landtagswahlen stattfinden, das Abgeordnetenhaus wird aber erst um Mitte Januar einberufen werden. Gesetzentwürfe ersten Namens sind für den Landtag diesmal nicht in Vorbereitung.

Zur Thronrede, mit welcher die vorige Legislaturperiode des preuß. Landtages geschlossen wurde, ist bekanntlich darauf hingewiesen worden, daß die Gesetze über die Errichtung von Rentengütern, namentlich in den östlichen Provinzen, in erfreulicher Umfang auf die Seehofstmachung der ländlichen Bevölkerung hingewirkt haben. Wie groß dieser Umfang ist, geht wohl deutlich genug aus dem Umstaude hervor, daß die Erledigung der infolge von Umwandlungen in Rentengütern notwendig werdenden Arbeiten bei den Generalkommissionen der östlichen Provinzen die Kräfte der bei diesen beschäftigten Landmessern auf lange Jahre, bei der Generalkommission in Frankfurt a. O. beispielweise auf etwa ein Jahrzehnt, in Anspruch nehmen wird.

In der Angelegenheit des Polizeipräsidienten von Straßburg war am Dienstag der verantwortliche Redakteur der „Kön. Volksztg.“ zur Vernehmung als Zeuge geladen. Derselbe lehnte die Beantwortung der Frage nach dem Verfasser des vielbesprochenen Artikels der „Kön. Volksztg.“ ab. Darauf schloß eine Haussuchung nach dem Manuskript des Artikels, die sich sowohl auf die Privatwohnung des

Öffentliche Versteigerung

der diesjährigen Nutzung von den **festalischen Weypel-, Birn- und Pfauenbäumen** an den Straßen der Amtstrassenmeisterbezirke **Mügeln und Oschatz**

Montag, am 24. Juli, nachmittags 2 Uhr

im Gasthof zum **Schwan in Oschatz**.

Dienstag, am 25. Juli, vormittags 1/2 Uhr

in der **Chancerywirtschaft am Bahnhofe in Mügeln**.

Königliche Straßen- und Wasserbauinspektion Döbeln
und Königliche Bauverwalterei Grimma,

am 14. Juli 1893.

Redakteurs, als auf die Geschäftsräume der „Kön. Volksztg.“ erstreckte, aber ohne Ergebnis blieb.

Die Nachricht, daß der Staatssekretär des Reichschoamtes Freiherr v. Malzahn bei dem Kaiser seinen Abschied erbeten hat, wird auch dem „Reichsboten“ bestätigt. Der Grund dieses Schrittes liegt, wie das Blatt zuverlässig hört, in dem Umstand, daß nach dem Verlaufe der Reichstagsverhandlungen über die Militärvorlage auf die Heranziehung des Bieres für die Deckung der Kosten der Heeresversstärkung verzichtet werden muß. Freiherr v. Malzahn begt die Überzeugung, daß die Beschaffung der nötigen Mehreinnahmen ohne Heranziehung des Bieres zwar möglich ist, daß sie aber die Liebhaber des jetzigen Steuersystems eher vermehren als vermindern würde. Der Erhöhung der jetzigen norddeutschen Biersteuer giebt derselbe um deßwillen den Vorzug, vor anderen Steuerquellen, weil sie leistungsfähigere Steuerzahler treffen würde, als z. B. die Brautweinsteuern, um weil bei der Biersteuer Süddeutschland wenigstens nach der Kopfzahl mitsteuern muß.

Aus Hongkong, 20. Juli, wird dem „B. T.“ gemeldet: Der deutsche Dampfer „Amigo“ wurde von dem holländischen Dampfer „Bantam“ in den Grund geholt. Letzterer ist leicht beschädigt. Ob Menschen bei diesem Unfall umgekommen, ist nicht bekannt.

Aus Stockholm wird unter dem 19. d. M. gemeldet: Der Kaiser Wilhelm und die Kaiserin Augustia Victoria trafen heute Abend 7 1/2 Uhr in Tullgarn ein, begleitet von dem Kronprinzen und der Kronprinzessin von Schweden welche der „Hohenzollern“ entgegenfahren waren und die selbe gegen 6 1/2 Uhr getroffen hatten. Der Kaiser trug schwedische Admiralsuniform, der Kronprinz von Schweden Generalsuniform. An der Landungsstelle hatte sich eine dichtgedrängte Menschenmenge eingefunden, welche Ihr Majestäten lebhaft begrüßte. Während die Majestäten die Landungsbrücke passierten, streuten junge Mädchen Blumen.

Die bisherigen Angaben über die Kleidpläne des Kaisers sind infofern ungenau, als er sich am 27. Juli von Riesa nicht direct nach Göteborg zu begeben gedacht, sondern zu nächst in Wilhelmshaven Flottenbesichtigungen abhalten und erst an einem der beiden letzten Tage des Monats nach Göteborg fahren wird. Auf der Kreuzfahrt in der Ostsee befindet sich als Vertreter des Auswärtigen Amtes der Geheimen Regierungsrath v. Rieder-Lüdke im Gefolge des Kaisers. Der Kaiser verständigte, wie ein Drucksbericht der „B. T.“ aus London meldet, die dortige deutsche Botschaft dahin, daß er am 1. August in Göteborg für die Nachregattawoche eintreffen werde.

Zur Neuwahl in Neustettin meldet die „Staatsb.-Ztg.“ daß in 23 Bezirken der Anteil mit Dr. Förster 3736, der Christlich-Sociale Stöcker 890 Stimmen erhielt; Förster Wahl sei sicher.

Italien. Der Untersuchungsbericht im großen Bandprozeß enthält Aufsehen erregende Andeutungen über Versuche, die Täglichkeit des Untersuchungsrichters zu lädtmen und über Bloßstellungen politischer Persönlichkeiten. Es wird zu verstehen gegeben, daß der Herzog Tod nicht freiwillig gewesen sei und manche Enthüllung über parlamentarische Bloßstellung verhindert habe. Unter den Bandscreiden an Taulongo für Zuwendung von Bankgeldern sollen solche von Staatsmännern und für Unterstützung politischer Blätter sich befinden.

England. Zur indischen Währungsfrage erklärte im Unterhause Premierminister Gladstone, daß betreffend die Silberfrage die Verhältnisse in Indien analog den Zuständen Österreich-Ungarns in den Jahren 1879 bis 1891 sind.